

Finanzmarktkrise kein Grund zur Panik CDU/CSU-Gruppe stellt weitreichende Übereinstimmung mit EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark fest

Ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Bewertung der aktuellen Finanzmarktkrise mit dem EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark haben der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, und der Co-Vorsitzende, Markus Ferber, festgestellt. Stark hatte bei einem Fachgespräch mit der CDU/CSU-Gruppe vor Panikmache wegen der Finanzkrise gewarnt. „Zumindest die Konjunktur in Kontinentaleuropa weist stabile Indikatoren auf. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, die Wirtschaftsentwicklung in der Europäischen Union schlecht zu reden“, so Stark in Brüssel.

Stark, seit 2005 Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, räumte ein, dass im Hinblick auf die US-Finanzmarktkrise auch in Europa Fehler gemacht worden seien. So sei die US-Subprime-Krise zwar ein originär amerikanisches Problem, weil dort aus „Gründen der sozialen Kohäsion“ Kredite an Bevölkerungsgruppen ausgereicht wurden, die diese faktisch nie hätten abzahlen können. Tatsache sei aber zugleich, dass sich der Bankensektor in vielen EU-Mitgliedstaaten in blin-



Markus Ferber MdEP, Jürgen Stark, Werner Langen MdEP (v.l.)

dem Vertrauen auf die Ratingagenturen bei amerikanischen Hochrisikoanlagen verspekuliert habe.

Stark habe sich gegenüber Forderungen nach der Festlegung von Mindeststandards im Finanzmarktsektor sowie nach besseren Kontrollinstrumenten und mehr Transparenz auch bei den Ratingagenturen aufgeschlossen gezeigt. „Dies gilt nicht zuletzt für die Festlegung von EU-Rechnungslegungsstandards und die Umsetzung der Eigenkapitalrichtlinie Basel II. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die Europäische Union hier Vor-

gaben aus dem angelsächsischen Raum auf Kosten des Mittelstands machen lässt, während die EU-Kommission einfach tatenlos zusieht“, betonten Langen und Ferber.

Bei der aktuellen Finanzmarktkrise habe sich zudem gezeigt, dass die eingegangenen Risiken weder richtig eingeschätzt noch angemessen „bepreist“ worden seien. Es müsse deshalb jetzt vor allem darum gehen, aus den gemachten Fehlern zu lernen und die notwendigen Marktkorrekturen vorzunehmen, selbst wenn diese häufig schmerzhaft seien. „Es ist in

diesem Zusammenhang dennoch positiv, dass die bereits vorgenommenen Abschreibungen nach Ansicht des EZB-Direktoriumsmitglieds bisher noch keine signifikanten Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Europa gehabt haben. Um das Wachstum in der Europäischen Union nicht zu gefährden, sind indes unmittelbare Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise unabdingbar. Hier erwarten wir deshalb eine aktivere Rolle der Kommission einschließlich ihres Präsidenten“, so Langen und Ferber abschließend.

ELMAR BROK:

Türkei muss Reformen mit Leben füllen Auswärtiger Ausschuss erreicht gemeinsame Bewertung der türkischen Beitrittsfähigkeit

Nahezu einstimmig hat der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments den jüngsten Fortschrittsbericht zur Türkei für das Jahr 2007 angenommen. Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und verantwortlicher Berichtserstatter für die zukünftige Erweiterungsstrategie der Europäischen Union, stufte den fraktionsübergreifenden Konsens in der Bewertung der türkischen Reformbemühungen als einen wichtigen Fortschritt ein, der „vor einigen Monaten noch undenkbar“ gewesen wäre: „Der vorliegende Bericht benennt deutlicher denn je die noch immer bestehenden Defizite in



Elmar Brok MdEP

der Türkei und fordert Ankara zudem klar auf, bei den bereits eingeleiteten Reformen nicht nachzulassen. Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen

Parlaments nimmt damit eine klare gemeinsame Position im Hinblick auf die laufenden Beitrittsverhandlungen ein“.

So sei es der Türkei trotz einiger eingeleiteter Reformen nicht gelungen, diese tatsächlich mit Leben zu füllen. „Es reicht aber nicht aus, wenn Reformansätze nur auf dem Papier stehen. Deshalb wurde die türkische Regierung in dem vorliegenden Bericht erneut aufgefordert, vor Ende des Jahres konkretere Reformschritte als bisher einzuleiten“, betonte Brok. Dabei müsse Ankara in allen Fällen europäischen und rechtsstaatlichen Standards genügen. Dies gelte ausdrücklich auch für das laufende Ver-

botsverfahren gegen die AKP. Im Hinblick auf die Äußerungen Erdogans zum Thema Assimilierung in Deutschland fordere der Bericht zudem die türkische Regierung auf, zunächst einmal die Rechte der religiösen und ethnischen Minderheiten in der Türkei zu gewährleisten. „Auch dieser Passus ist ein klares Anzeichen für die parteiübergreifend wachsende Ungeduld im Europäischen Parlament“.

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4927/32/>

WEITER →

PETER LIESE:

Europaparlament für mehr Organspende und gegen Organhandel Mehr Spenderorgane für Patienten auf der Warteliste

Das Europäische Parlament will die Bereitschaft zu Organspenden erhöhen und den Organhandel in Europa bekämpfen. „Jeden Tag sterben in der EU zehn Patienten, die auf ein Spenderorgan warten. Niemand kann sich also zurückerleihen. In Deutschland haben wir zwar eine hoch entwickelte Transplantationsmedizin, aber viel zu wenig Spenderorgane. Die Zahl der gespendeten Organe liegt nur etwa halb so hoch wie etwa in Spanien. Auch innerhalb Deutschlands gibt es riesige Unterschiede“, sagte der Europaabgeordnete Peter Liese, Arzt und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.



Peter Liese MdEP

Die Parlamentarier empfehlen die Einrichtung von Transplantationskoordinatoren an großen Kliniken. „Wenn sich niemand wirklich zuständig fühlt, besteht die Gefahr, dass bei

Überlastung der Ärzte Spenderorgane, die zur Verfügung stehen, deshalb nicht transplantiert werden, weil sich niemand darum kümmert“, so Liese.

Die Abgeordneten fordern eine Richtlinie zu Qualität und Sicherheit von Organen. Hiermit sollen beim Transfer von Organen die Übertragung von Krankheiten wie HIV und AIDS vermieden werden. Unbedingt vermeiden möchte das Parlament übermäßige bürokratische Belastungen. „Die Europäische Kommission denkt an die Einführung einer nationalen Kontrollstelle in allen 27 Mitgliedstaaten. Wir fordern, dass nationale und regionale Strukturen anerkannt werden. In vielen Bereichen funktioniert

die Überwachung bereits gut, etwa in Deutschland, durch die Bundesärztekammer. Hier brauchen wir keine zusätzliche Bürokratie“, sagte der CDU-Europaabgeordnete.

In scharfer Form verurteilen die Parlamentarier den Organhandel. Gerade in Entwicklungsländern, aber auch in ärmeren EU-Ländern wie Rumänien und Bulgarien werden Patienten mit hohen Geldbeträgen dazu veranlasst, ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen.

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4928/32/>

WEITER →

HORST SCHNELLHARDT:

Steigende Lebensmittelpreise haben viele Ursachen

Die hohen Preissteigerungen bei Lebensmitteln haben vielfältige Ursachen und sind nicht auf einen Grund zurückzuführen. Diesen Schluss zog der Lebensmittelexperte der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Horst Schnellhardt.

„Wir brauchen ein Maßnahmenpaket und müssen dabei auch die marktbeherrschende Stellung einiger Lebensmittelkonzerne und Handelsketten überprüfen. Es kann nicht sein, dass ein Konzern den Bauern den Milchpreis diktiert, die eige-



Horst Schnellhardt MdEP

nen Gewinne maximiert und der Verbraucher die Zeche zahlt. Die Kommission muss genauer hinschauen, um eine 'gesunde' Marktentwicklung zu garantieren“, so Schnellhardt.

„Die viel zitierte Konkurrenz zwischen dem Anbau von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen gibt es in der EU so nicht.

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4926/32/>

WEITER →

ANGELIKA NIEBLER:

EP nicht gegen Synchronisierung von Spielfilmen

Entgegen Presseberichten vom 10. April fordert das Europäische Parlament nicht das Verbot der Synchronisierung von Fernsehprogrammen. In einer schriftlichen Erklärung hatte sich eine Mehrheit des Europäischen Parlaments für die Ausweitung der Untertitelung von Fernsehprogrammen bei öffentlich-rechtlichen Sendern ausgesprochen. „Dies soll Hörgeschädigten Menschen den Zugang zum Fernsehprogramm erleichtern“, so CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler. „Mitnichten will das Europäische



Angelika Niebler MdEP

Parlament den deutschen Fernsehzuschauer zu englischem, japanischen oder russischen Originalton mit Untertiteln verdonnern.“

„Natürlich ist der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen wichtig und muss gefördert werden. Dies kann aber nicht verpflichtend für alle über das Fernsehen geschehen“, sagte Niebler.

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4929/32/>

WEITER →

■ Barrot neuer EU-Justiz- und Innenkommissar

Die Ernennung Jacques Barrots zum neuen EU-Kommissar für Justiz und Inneres wird von der EVP-ED-Fraktion begrüßt. Deren innenpolitischer Sprecher **Manfred Weber** (CSU) erklärte: „Jacques Barrot ist ein alter Hase im politischen Geschäft. Gerade deshalb ist er der richtige Mann als neuer Innen- und Justizkommissar. Die Überführung der Innenpolitik in die Mitentscheidung unter dem Vertrag von Lissabon ist ein wesentlicher Schritt für ganz Europa.

Zudem könne in enger Abstimmung mit der kommenden französischen Präsidentschaft auch ein Impuls in der Zuwanderungspolitik erwartet werden. Die EVP-ED-Fraktion freue sich auf die Zusammenarbeit mit Kommissar Barrot in seiner neuen Funktion und auf den neuen Schwung, den der Wechsel im Kabinett für die verbleibenden Monate dieser Legislaturperiode bringen werde, so Weber.

■ Bürokratieabbau muss voran gehen

Auf grundsätzliche Zustimmung ist die jüngste Kommissionsinitiative zum Abbau von Verwaltungslasten für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) beim stellvertretenden Koordinator im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, **Andreas Schwab**, gestoßen. „Die geplante Abschaffung von bürokratischen Auflagen bei den Veröffentlichungs- und Berichtspflichten der Unternehmen geht in die richtige Richtung. Klar ist aber auch, dass dies nur der Anfang sein kann und weitere Initiativen folgen müssen“, sagte der CDU-Europaabgeordnete.

Die geplanten Vereinfachungen sollen nach Angaben der EU-Kommission Einsparungen von mehr als 600 Millionen Euro bringen. „Es ist sicher richtig, wenn die Unternehmen damit ihre Geschäftszahlen nicht mehr parallel in den nationalen Amtsblättern veröffentlichen müssen oder bereits beglaubigte Übersetzungen wieder verwenden dürfen. Das ist aber noch nicht der große Befreiungsschlag beim Bürokratieabbau“, so der EVP-Binnenmarktpolitiker weiter.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.